

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Verlagspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Polizeitexte: Dresden Nr. 18 600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachrichtl. Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal geschnittene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreifachen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 11. März 1929

Nummer 59

## Gummknüppel gegen Dresdner Freidenker

Kühns Polizei als Handlanger des Pfaßentums / Der reformistische Bezirksvorstand denunziert die Neustädter Freidenker der Reaktion / Gewalttätige Entfernung von Pfaßentartikeln mißlungen / Arbeiter verhaftet

### Im Zeichen des Konfordschächers!

Dresden, den 11. März 1929.

Am gestrigen Sonntag erlebte die Neustädter Arbeiterklasse die Auswirkungen der Politik des reformistischen Bezirksvorstandes des BFD in so drastischer Form, daß manchem sozialdemokratischen Arbeiter über den Charakter seiner Führer die Augen geöffnet worden sind. Am 8. März brachte in der Dresdner Volkszeitung eine Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder nicht an einem Propagandaumzug der Neustädter Ortsgruppe des Verbandes für Freidenkertum und Kreuzbestattung teilnehmen, der am Sonntag, dem 10. März, anlässlich der Einweihung einer neuen Pfaßentombäne stattfand.

Dies war eine glatte, ungehüllte Denunziation der Demonstration gegenüber der Reaktion und der Polizei.

Das zeigte sich ganz deutlich bei den Vorgängen am letzten Tage, der einen wirkungsvollen Freidenkeraufmarsch mit Unterstützung der KPD und des RFB brachte. Die Dresdner Polizei hatte zunächst die Erlaubnis zum Vorbeimarsch an der neuen Kirche in Dresden-Trachau gegeben, dann jedoch auf den Einpruch der Kirchenbehörde hin nur den Umzug in einiger Entfernung gestattet. Die Demonstration, die sich in atemberaubender Disziplin um 10 Uhr in Bewegung setzte, wies zahlreiche Transparente mit den Kampfparolen gegen die Kirchenreaktion auf und spezialisierte an die Arbeiterklasse von Trachau, sich loszusagen von Religion und Kirche und sich in die Front des Kampfbewußten Proletariats, in die Kulturkampforganisationen der Arbeiterklasse einzureihen. Ein Drittel des Junges wurde von roten Frontkämpfern gebildet, die in militärischer Disziplin aufmarschiert waren und von den Arbeitern lebhaft begrüßt wurden. Die Notiz der Volkszeitung begann aber bald ihre Wirkung zu zeigen, denn, obwohl selbst nach dem Polizeibericht eine Störung des „Gottesdienstes“ nicht erfolgte, begannen Provokationen, wobei die Polizeibeamten durch zivilisierte Interventionen gegen die Demonstranten aufgehetzt wurden. Ten angeblichen Grund bildeten zwei Plakate, auf denen die Waffen als Stützen der Kapitalsherrschaft dargestellt wurden, eine Auffassung, die so alt ist wie die moderne Arbeiterbewegung überhaupt. Da die Polizei diese Karikaturen ansehndem benutzen wollte, um den ganzen Zug zu brechen, veranlaßte die Demonstrationsleitung, daß die Plakate außerhalb des Zuges gestellt wurden. Aber auch das genügte nicht. An jeder Straßenecke wurde ein Ueberfallversuch unternommen. Die Disziplin der Demonstranten und die Zustimmung des größten Teils der Strahkanten verhinderten jedoch die Beschlagnahme der Plakate und eine Sprengung des Zuges. Darauf wurde, nachdem zwei Drittel des Demonstrationszuges eingekesselt worden waren, ein Großkampfwagen der Polizei eingesetzt, wobei die Offiziere die Mannschaften zu schärfstem Vorwärtsschreiten anfeuert. Außerdem wurde der Befehl zum Entladen der Schusswaffen gegeben. Die Abwehr des RFB jedoch vermochte ein Blutergießen zu verhindern. Ein RFB-Kamerad sowie mehrere unbeteiligte Passanten wurden zwar verhaftet, doch blieben die Plakate, zwar auf die Beschlagnahme, aber dennoch im Besitz der Demonstranten. Die Demonstration wurde bis zum letzten Platz durchgeführt, wo nach eindrucksvollen Ansprachen die Auflösung erfolgte.

Diese Vorfälle zeigen mit aller Deutlichkeit, daß nunmehr auch in Dresden der verächtliche Polizeiterror gegen revolutionäre Arbeiterorganisationen durchgeführt wird, und daß auch hier die Sozialdemokraten sich als Handlanger der Reaktion betätigen, denn

bezeichnendweise beruft sich die Polizei bei der Begründung ihres Vorgehens ausdrücklich auf die durch die Dresdner Volkszeitung erfolgte Denunziation des Demonstrationszuges als „kommunistisch“.

Damit hat die reformistische Bureaucratie wieder einmal ihren Charakter gezeigt. Aber auch die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Organisationen offiziell eine Beteiligung an einer antikirchlichen Versammlung ablehnen, zeigt über die ganze kulturpolitische Berumpeltheit. Auch die Dresdner „Linke“ SPD reißt sich also offen in die Front der Konfordschächter ein. Die unerschämten Erklärungen des Bezirksvorstandes in der Dr. Volksztg., in denen den Kommunisten die Spaltung zugeschrieben wird, werden jedoch durch diese Tatsachen glänzend widerlegt. Der freche Satz im SPD-Fraktions-Rundschreiben des BFD: „Es muß alles ausgegremt werden, was nicht Mitglied der SPD ist“, wird also jetzt auch so in die Praxis umgesetzt, daß man die revolutionären Mitglieder des BFD zur Aussetzung

dem Polizeiknüppel denunziert. Darüber aber werden sich die Herrschaften bald klar werden, daß die revolutionäre Opposition und die revolutionären Arbeiterorganisationen damit in ihrem Kampf um ihre Ziele. Die Zusammenkünfte am Sonntag sind nur eine einbringliche Mahnung zum festeren Zusammenhalt aller derer, die den hohen Kampfzielen der revolutionären Arbeiterbewegung auf politischem und kulturellem Gebiet treu geblieben sind und für die das Marx-Wort: „Religion ist Opium fürs Volk“ keine Phrase ist.

### Verbot der öffentlichen Umzüge in Schleswig-Holstein

III. Kiel. Auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein sind alle öffentlichen Umzüge bis auf weiteres verboten worden.

Infolge der Vorfälle in Wöhrde ist ferner eine Bereitschaft der Schutzpolizei in Stärke von 70 Mann nach Heide beordert worden. Auch für Wöhrde wurde die gleiche Sicherheitsmaßnahme getroffen.

Diese Maßnahmen sind natürlich nur gegen die Klassenbewegten Arbeiter gerichtet und bedeuten eine bewusste Unterdrückung der immer provokatorischer auftretenden Volksfront!

## Zörgiebel gesteht ein

Orloff seit Mitte vorigen Jahres als Fälscher bekannt! Seit 1921 Vertrauensmann des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung!

Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel ist nunmehr durch die Angriffe und Enthüllungen der kommunistischen Presse gezwungen, öffentlich Stellung zu nehmen. Seine Erklärungen bedeuten eine glatte Vertilgung der Anklagen gegen das Berliner Polizeipräsidium und gegen das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung. Charakteristisch ist dabei, daß sich Zörgiebel gegen die angeblich erhobene Behauptung wehrt, daß Orloff der Berliner Polizei Dienste gegen deutsche Kommunisten geleistet habe. Diese Abwehr ist mehr als überflüssig, denn die Behauptung ist nie aufgestellt worden. Behauptet worden ist dagegen, daß Orloff Spiondienste für die Deutsche Polizei gegen ausländische Revolutionäre leistete und das demontierte Herr Zörgiebel nicht, weil er das nicht demontieren kann. Zu der Meldung, daß Orloff an der Vorbereitung von Attentaten auf Lichtsherin, Kraßin usw. beteiligt gewesen ist, äußert sich der SPD-Zörgiebel im Sinne der falschlichen Blätter, daß das Geständnis des finnischen Rittmeisters Erensgren durch die GPU „erpreßt“ worden sei. Am Schluß seiner Erklärung aber legt der Berliner Polizeipräsident folgendes Geständnis ab:

„Ja der Behauptung eines kommunistischen Berliner Staates (Die „Rote Fahne“; die Redaktion), daß bis in die letzten Monate hinein Orloff von der Polizei als Inhaber und Denunziant des Bolschewismus Verdächtiger benutzt worden sei, ist selbsterleuchtend: Der Verdacht einer Fälschertätigkeit des Orloff tauchte Mitte vorigen Jahres bei der Berliner politischen Polizei auf. Die seit jener Zeit angelegten sorgfältigen Beobachtungen und Erhebungen gaben in dem gleichen Augenblick zu einem Vorgehen gegen Orloff Veranlassung, in dem der amerikanische Journalist Anderson seine Wahrnehmungen der Polizei zugänglich machte.“

Damit gibt Zörgiebel zu, daß Orloff der Berliner politischen Polizei sehr gut bekannt war und daß sie mit ihm zusammen arbeitete bis zur Entlassung durch den amerikanischen Journalisten, obgleich ihr seit Mitte vorigen Jahres Mitteilungen über seine Fälschertätigkeit zugekommen waren. Die „Rote Fahne“ stellt jedoch an die Berliner politische Polizei resp. an das Kommissariat für öffentliche Ordnung noch einige Fragen, die den ganzen Spiegelsumpf unter staatlichem Protektorat aufdecken. Sie fragt:

„Ist es wahr oder nicht, daß am 2. September 1921 der Staatssekretär Weismann, heute Vertreter der sozialdemokratischen Koalitionsregierung Braun-Geisels in Reichstag, ein Schreiben an die Reichsregierung richtete, in dem er vorzuschlug, bei der deutschen Gesandtschaft in Moskau und dergleichen bei der Arbeit der

### Achtung! Reformistische Erpressungsversuche!

Wie wir erfahren, versendet die reformistische Bureaucratie des BFD an alle oppositionellen Kollegen, die auf Seiten der Opposition zur Betriebsratswahl kandidieren, ein Exemplar der BZ mit der provokatorischen „Warnung“ des Vorstandes und einer beigelegten Karte, auf der schriftlich der Rücktritt von der Kandidatur erklärt werden soll. Wir werden auf die Bedeutung dieses politischen Erpressungsversuches noch eingehen. Jetzt aber fordern wir die oppositionellen Kandidaten, die Verfechter des revolutionären Klassenkampfgedankens, auf, diesen Erpressungsversuch der Bureaucratie gegenüber zu beantworten durch entschlossene Ablehnung dieser politischen Konfordschächerei und durch gesteigerte Arbeit für den Sieg der Klassenkampfopposition über die falschlichen und reformistischen Unternehmeragenten.

### Polizei-Hausdurchsuchungen in Dresden

Das gefährliche Ergänzungsheft zum Programm der KPD  
Dresden, den 11. März.

Wie wir erfahren, erschienen heute Kriminalbeamte in der Arbeiterbuchhandlung Viktorstraße 21 und beschlagnahmten dort einige Exemplare des Ergänzungsheftes zum Programm der Kommintern. Neuerlich ehrenvoll, diese Polizeifurcht! Wie revolutionärer muß das Programm sein, dessen Ergänzungsheft schon staatsgefährlich ist. Eine bessere Kritik kann man als Kommunist kaum denken.

Petersburg (!) eine geheime Nachrichtenstelle einzurichten“?

Ist es wahr oder nicht, daß Weismann nicht mehr und nicht weniger vorzuschlug, als daß in Moskau und Leningrad Spionagebureau als Werkzeuge der Kontextrevolution gegen die Sowjetregierung eingerichtet werden sollten, bei deren Organisation Orloff eine bedeutende Rolle zugeordnet war?

Ist es wahr oder nicht, daß mit Zustimmung dieses Weismann sein Ressortchef für russische Angelegenheiten, der beschuldigte Herr Bartels, den zaristischen Staatsanwalt Wladimir Orloff, der zahlreiche Revolutionäre an den Galgen gebracht hat, als Spigel verwannt hat? Denselben Herrn Orloff, der nunmehr, wohlgerneht erst auf dringende Intervention der amerikanischen Finanzretter der deutschen Bourgeoisie, als ganz ordinärer Fälscher verhaftet und entlarvt wurde?

Ist es wahr oder nicht, daß nach Bartels' Rücktritt der Ehrenmann Orloff mit Herrn Wähleisen, dem Leiter des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung, und dem Regierungsrat Heller von der Berliner politischen Polizei in intimer Verbindung stand und daß beide Herren dem Orloff in jeder Beziehung unter die Arme gegriffen haben?

Geben Sie Antwort, Herr Zörgiebel!

Karl Marx schrieb den Satz, daß der Kapitalismus vor seinem Verbrechen zurückzuckt, wenn es um den Profit geht. Wie könnte dieses Wort drastischer illustriert werden, als durch das Zusammenwirken zwischen sozialdemokratischen Behörden und dem zaristischen Henker der russischen Arbeiter. Welch ein Abgrund politischer Verwahrlosung tut sich da auf, wo um den kapitalistischen Profit zu kämpfen, die Sozialdemokraten Zörgiebel und Geisels im Kampf gegen das Klassenbewußte Proletariat sich solcher Subjektivität wie Berthold und Orloff bedienen! An den Köcheln derer, die unter dem Druck der amerikanischen Intervention Orloff haben verhaften müssen, bleibt er für immer hängen. Denn nur dank ihrer Protection hat er sein unfeliges Treiben in Berlin entfalten können. Und auf das Konto der Seewering-Geisels-Zörgiebel und ihrer Weismänner kommen somit auch die verhängnisvollen Auswirkungen jenseits von Orloff gefälligen „Sinowjew-Geisels“, der zur direkten Ursache des Abbruchs der englisch-sowjetischen Beziehungen wurde, die verhängnisvollen Auswirkungen der von Orloff für die Baltische Regierung geleisteten „Kommintern-Belebung“ zur Umgestaltung von Kuständen.

denen,  
ER  
durch  
enen  
ng, sowie  
narbeitung  
Pirna  
e Straße 20  
stern!  
kleider  
en  
straße 6  
Koks  
erhalten